

Selbstregulation, eliminiert Definitions- und Überzeugungsmacht, zerstört die Pfadabhängigkeit der Reputationsträger und im Aggregat eine zivile soziale Ordnung.

Ist dieser Reputationsverlust bei den in unsere Handlungspläne involvierten Institutionen, Organisationen und Personen der Fall, dann werden wir es vermeiden, uns langfristig festzulegen. Hinsichtlich unseres ökonomischen Handelns erhöht sich unsere Liquiditätspräferenz. D.h. wir handeln nicht und behalten unsere Investitionsmittel in der Tasche, wir legen uns tunlichst nicht fest und warten ab, bis wir wieder Vertrauen haben.

Das Erstaunliche dieses Vorgangs ist es, dass er sich nicht nur in der individuellen Bewältigung unserer Handlungsketten, sondern auch im Aggregat abspielt. In den Krisen der Moderne ist der Verlust von Vertrauen in zentrale Institutionen, Organisationen und Personen als gesellschaftsweites, »epidemisches« Phänomen beobachtbar. Dieser kumulative Vertrauensverlust geht einer Wirtschaftskrise voraus. Idealtypisch gestaltet sich der Zusammenhang

wie folgt: Die Liquiditätspräferenz erhöht sich, die Investitionsraten gehen zurück, die krisenhafte Entwicklung beschleunigt sich und vernichtet nun auch das Zukunftsvertrauen derjenigen, die es noch hatten. Mit anderen Worten: Dem Zyklus ökonomischer Krisen und Wiederaufschwünge geht ein Zyklus sinkenden bzw. steigenden Vertrauens voraus und beide Zyklen sind miteinander verknüpft.

Wenn man den diskontinuierlichen sozialen Wandel moderner Gesellschaften auf diese Weise analysiert, dann stellt sich die Frage, was diesen Vertrauens- und Reputationszyklus koordiniert?

Weil sich das im Aggregat oder eben gesellschaftsweit vollzieht, kann nur die öffentliche, auf Dauer gestellte, medienvermittelte Kommunikation das entscheidende Medium für diesen Prozess bilden. Sie erlaubt uns allen, das Abstraktum »Gesellschaft« zu beobachten. Entsprechend fatal ist der Zerfall der Qualität der öffentlichen Kommunikation, insbesondere in Gestalt der Krise des Informationsjournalismus. Aber das ist ein anderes Thema.

Karin Priester

Innere Sicherheit und Bürgerwehren als Politikum

Sicherheit ist mittlerweile nicht nur ein gutes Geschäft für Privatfirmen, sondern auch Spielfeld extremistischer Gruppierungen. Der demokratische Rechtsstaat sollte hier auf der Hut sein und sich das Heft des Handelns nicht entreißen lassen.

Auf die Frage nach der Reduzierung des Militäretats antwortete jüngst ein Ökonom in der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung*: »Kriegen wir das Produkt Sicherheit, was die Bundeswehr herstellt, billiger?« Sicherheit als Produkt, das nach marktwirtschaftlichen Kriterien hergestellt und veräußert wird? Wer da noch mit Max Weber nach der Grundlage des Rechtsstaats fragt und diese in der Gewähr der Sicherheit der Bürger durch das staatliche Monopol auf



Karin Priester

(* 1941) lehrt Soziologie an der Universität Münster.

priestek@uni-muenster.de

legitime physische Gewaltanwendung sieht, scheint von gestern zu sein.

Auch wenn wir heute in Europa insgesamt sicherer leben als vor 50 Jahren und allemal sicherer als in außereuropäischen Metropolen wie z.B. Caracas oder Kapstadt, entspricht dies nicht der subjektiven Wahrnehmung vieler Menschen. Wird nämlich Sicherheit nicht mehr als staatliche, dem Markt entzogene Hoheitsaufgabe gesehen, sondern der Profitlogik unterworfen, dann wird auch die Nachfrage nach dem Produkt »Sicherheit« stimuliert. Unsicherheitsgefühle werden geschürt, um die Marktanteile privater Sicherheitsanbieter zu steigern und die Erfolge von Politikern zu mehren, die mit dem Thema »innere Sicherheit« auf Stimmenfang gehen. Nicht die Unsicherheit wächst, sondern die subjektive Viktimisierungsangst.

Schon der kurze Sommer der Hamburger Schill-Partei beruhte auf der Ausbeutung subjektiver Sicherheitsbedürfnisse. Inzwischen bemächtigt sich der Handel

mit Unsicherheitsgefühlen einer Sphäre, die bislang eher linksliberal besetzt war – der Zivilgesellschaft. Kommunitaristen wie Robert D. Putnam diagnostizierten eine Krise des Sozialkapitals und das Schwinden zivilgesellschaftlicher Bindekräfte. Das Gegenrezept lautete bürgerschaftliches Engagement, denn wer sich ehrenamtlich engagiert, ist eo ipso ein guter Demokrat. Dass diese Botschaft auch von den Falschen aufgegriffen werden kann, war im Diskurs nicht vorgesehen, zeigt sich aber in der Praxis.

Wilhelm Liebknecht sah in der »Volkswehr« noch eine demokratische Negation des Militarismus. Heute geht es aber nicht mehr um die staatlich durchmilitarisierte Gesellschaft, sondern um Stellenabbau beim Militär und in der Polizei und um das Outsourcing staatlicher Hoheitsaufgaben. Wachsende Sicherheitsbedürfnisse, Angst vor Globalisierung und Immigration, Spar-

maßnahmen im öffentlichen Dienst und der Appell an bürgerschaftliche Selbsttätigkeit bilden das Syndrom, aus dem *civic guards*, zivile Selbstverteidigungssysteme, Stadtmilizen, Freiwilligenpatrouillen und bürgerliche Selbstbewaffnung hervorgehen. Bürgerwehren haben Konjunktur.

Parallelgesellschaft privater »Sicherheitsdienste«

Während in Italien linke Theoretiker noch eine alternative Demokratieform propagieren, in der sich Politiker in der Minderheit und Vertreter der Zivilgesellschaft in der Mehrheit befinden, sind letztere politisch längst auf dem Vormarsch. 1996 gründete die rechtspopulistische Lega Nord einen paramilitärischen Wachdienst, die »Grünhemden«, die später nach dem Namen des angestrebten separatistischen Operettenstaates »Padanien« in »Padanische Nationalgarde« umbenannt wurden. Dieser aus Freiwilligen bestehende Sicherheitsdienst patrouilliert als Parallelpolizei durch die Straßen und verbreitet das Image zivilgesellschaftlicher Bürgernähe angesichts vermeintlichen Staatsversagens. Erst 2010 drängte die Justiz auf ein Verbot – ironischerweise unter Innenminister Roberto Maroni von der Lega Nord, der sich 1996 noch für die Garde stark gemacht hatte. Diese legte rasch ihr paramilitärisches Image ab und organisiert sich inzwischen als »gemeinnützige Organisation ohne Gewinnabsicht«, d.h. als zivilgesellschaftliche NGO. Selbsternannte Hilfssheriffs dieser »Ronde« (Runden) genannten Patrouillen streifen zu nächtlicher Stunde in grün-gelben Leuchtjacken, ausgestattet mit Handy, Funkgerät und Taschenlampe, durch Parks und dunkle Gassen. Sie wollen innerstädtische Sicherheit garantieren, verstehen darunter aber vor allem das Aufspüren klandestiner Immigranten. Im norditalienischen Treviso schlug der ehemalige Bürgermeister nur halb scherzhaft vor, man solle

Immigranten aus Nicht-EU-Ländern doch wie Hasen kleiden, damit Jäger sie besser treffen können. In einem Land, wo die Jagd mit der Schrotflinte ein wahrer Volkssport ist, kommen solche flotten Sprüche an.

Aber auch die extreme Rechte setzt massiv auf das Sicherheitsticket und will den Polizeikräften durch bürgerschaftliches Engagement zur Seite stehen. Zu diesem Zweck gründete Anfang 2009 Gaetano Saya, ein wegen Anstiftung zum Rassenhass verurteilter Ex-Geheimdienstler und Vorsitzender der rechtsextremen Partei MSI-DN, die italienische Nationalgarde (Guardia Nazionale Italiana), die nach Eigenangaben bereits 2.100 Mann rekrutiert hat und in ganz Italien verbreitet ist – freiwillig, ehrenamtlich, bürgernah. Hier beschränkt man sich nicht auf Leuchtjacken. Die extreme Rechte lockt mit prestigeträchtigerem Lametta, was bei einer Jugendarbeitslosenquote von 20 % nicht zu unterschätzen ist: Khakifarbene Uniformhemden, Springerstiefel, schwarze Uniformmützen, schwarze Armbinden mit frommer Inschrift (*Domine dirige nos*; Herr, führe uns!) und imperialen Insignien wie dem schwarzen Adler. Dazu das SS-Emblem der Schwarzen Sonne und der faschistische Gruß mit drei gespreizten Fingern für das »dritte« römische Reich. 30 % der Freiwilligen sind ehemalige Militärs, Polizisten oder Carabinieri. Alles völlig unpolitisch, versichert Saya. Er hofft auf staatliche Fördergelder. Seine Truppe könne auch den Territorialschutz übernehmen und benötige dann natürlich schweres Gerät, Überwachungshubschrauber und Patrouilleboote. Ein Verbot droht ihr nicht etwa als »zivilem Sicherheitsdienst«, sondern lediglich wegen verbotener Uniformierung. Kostümiert sie ihre Leute mit phosphoreszierenden Leuchtjacken, dann agiert sie völlig legal.

Nach einer Serie brutaler Einzel- und Massenvergewaltigungen, teilweise mit Todesfolge, an denen auch Roma beteiligt waren, eskalierte 2009 das Sicherheitsbedürfnis. In der Tageszeitung *La Stampa* rech-

nete ein als links geltender Soziologe auf der Basis des Anzeigeverhaltens vor, dass Rumänen (d.h. Roma) 17 mal mehr zu Vergewaltigungen »neigen« als Italiener und die Kriminalitätsrate »irregulärer« Einwanderer 28 mal höher liege als bei Einheimischen. Sündenböcke sind nicht nur die 1,5 Mio. illegalen Immigranten, sondern auch russische und chinesische Händler, deren mafiöse Strukturen angeprangert werden, ein probates Mittel, um von der eigenen Mafia abzulenken.

Das Erstarken der Rechten

Angetrieben von der Lega Nord verabschiedete Berlusconi 2009 ein »Sicherheitspaket« mit harten Strafen für illegale Einwanderer und legalisierte erstmalig seit dem Ende des Faschismus Bürgerwehren. In einem toskanischen Küstenort nennen sie sich SSS (Soziale Hilfe und Sicherheit); in Triest treten sie unter dem Namen des Sekretärs der historischen faschistischen Partei, Ettore Muti, als »schwarze« Stoßtrupp auf. In Süditalien befürchtet man die Unterwanderung der Zivilpatrouillen durch die Mafia. Linke Gruppen formieren sich als »proletarische Gegenwehr«, um die rechten Patrouillen zu überwachen. Glaubt man der Polizei, so machen rechte und linke Vigilantengruppen den staatlichen Ordnungshütern nicht weniger, sondern mehr Arbeit.

Auch in den USA ist es seit der Wahl Obamas zu einem rapiden Anstieg rechter Bürgerwehren gekommen. Seit 2000 hat sich die Zahl der *Hate-Groups* fast verdoppelt. Etwa 300 Bürgerwehren operieren nach Angaben des österreichischen *Standard* im Lande, dazu rund 500 *Patriot-Groups*, davon 127 bewaffnete Bürgerwehren, die *Militias*. Sie alle pochen auf das Recht auf zivilen Widerstand.

In Ungarn brachten die EU- und Parlamentswahlen 2010 den Aufstieg der rechts-extremen Jobbik zur drittstärksten Partei

des Landes. Sie hatte die rund 3.000 Mann starke »Ungarische Garde« ins Leben gerufen, eine Mischung aus SA-Parteimiliz und Heimwehr, die mit Arpad-Fahnen, schwarzen Hosen und Westen an die Pfeilkreuzler der NS-Zeit erinnern. Als die Garde 2009 verboten wurde, schlug sie den gleichen Weg wie ihre italienische Namensschwester ein: Sie wandelte sich kurzerhand in eine zivilgesellschaftliche NGO um und tritt nun als zivile Bürgerwehr gegen die »Zigeuner-kriminalität« an. Aber auch die geschwächten Sozialisten glauben, vor dem Altar der Sicherheitsbedürfnisse in die Knie gehen zu müssen und fordern kommunal bezahlte Dorfwachen mit Polizeiaufgaben. Linke *law and order*-Politik als Antwort auf das Erstarken der Rechten ist das eine; das andere ist, ungeschulte Laienkräfte zu Dumpingpreisen mit staatlichen Aufgaben zu betrauen.

In Deutschland zeigt sich mit dem Eindringen von Neonazis in private Securityfirmen eine andere Facette. 2003 stellten die Journalisten Helmut Lorscheid und Andrea Röpke fest: »Das Sicherheitsgewerbe hat sich zur attraktiven Einkommensquelle vieler Neonazis entwickelt.« Und die Branche expandiert rasant. Waren es 1980 noch 542 Firmen, so 2007 bereits 3.500 mit 173.000 Beschäftigten und einem Jahresumsatz von 4,35 Milliarden Euro (2008), Tendenz steigend. Dagegen standen 2009 264.000 Polizisten, Tendenz fallend.

2006 forderte Omid Nouripour, damals Mitglied im Bundesvorstand der Grünen, die Einrichtung einer »zivilen Bürgerwehr« gegen Neonazis. Die Parteichefin Claudia Roth übte nur verhalten Kritik an dieser »zivilen«, folglich guten Sache. Wie ein konditionierter Reflex gilt der Staat immer noch als Übel und die Zivilgesellschaft als Projektionsfläche linker Utopien, auch wenn der Begriff längst in den Wortschatz der Rechten übergegangen ist. Bürgerwehren sind keine Sicherheitsgarantie, sondern letztlich eine Bankrotterklärung des demokratischen Staates.